

# Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II / § 34 SGB XII / § 6b BKGG



Ich

\_\_\_\_\_

Name

\_\_\_\_\_

Vorname

\_\_\_\_\_

Geburtsdatum

\_\_\_\_\_

Adresse

\_\_\_\_\_

Telefon

**beziehe folgende Leistungen:**  SGB II (Jobcenter-Bescheid beifügen) \_\_\_\_\_

SGB XII       Wohngeld       Kinderzuschlag

**und beantrage für mein Kind:** (bitte für jedes Kind ein eigenes Antragsformular ausfüllen)

\_\_\_\_\_

Name

\_\_\_\_\_

Vorname

\_\_\_\_\_

Geburtsdatum

**das folgende Einrichtung besucht:** (bitte genauen Namen und Adresse angeben)

\_\_\_\_\_

Name, Adresse der Schule / Kindertageseinrichtung / Hort

\_\_\_\_\_

Klasse

**folgende Leistungen:** (bitte fügen Sie entsprechende Nachweise bei)

- Aufwendungen für **eintägige Ausflüge** der Schule / der Kindertageseinrichtung  
(Kosten-Bestätigung der Schule / Kindertageseinrichtung erforderlich)
- Aufwendungen für **mehrtägige Klassenfahrten** der Schule / der Kindertageseinrichtung  
(Kosten-Bestätigung der Schule / Kindertageseinrichtung erforderlich)
- Aufwendungen für den persönlichen **Schulbedarf**  
(Antrag: **nur** bei Wohngeld / Kinderzuschlag / SGB XII – bei SGB II Jobcenter informieren)  
*ab 1. Klasse und ab 15 Jahre Schulbescheinigung erforderlich*
- Schülerbeförderungskosten** für Schülerinnen und Schüler  
*In Bayern besteht die Kostenfreiheit des Schulweges bis zur 10. Klasse! (SchKFrG)*
- Aufwendungen für eine **ergänzende Lernförderung** (Nachhilfe-Unterricht)  
(Bestätigung der Schule (Formblatt), aktuelles Zeugnis und evtl. Kosten-Bestätigung des  
Nachhilfelehrers / -instituts erforderlich)
- Aufwendungen für die **gemeinschaftliche Mittagsverpflegung**  
in der Schule / in der Kindertageseinrichtung  
(Kosten-Bestätigung des Mittagessen-Anbieters erforderlich)
- tatsächliche Aufwendungen in Zusammenhang mit **Teilhabe am sozialen und kulturellen  
Leben in der Gemeinschaft** (Kosten-Bestätigung über die Höhe der Kosten erforderlich)
  - pauschal bis zu 15,00 € monatlich (z. B. für Vereine, Musikunterricht, kulturelle Bildung)
  - für weitere Aufwendungen, die im Einzelfall nicht von den Regelbedarfen bestritten werden  
können (z. B. Ausrüstung, Vereinsfahrten, Leihgebühren)

Mit einer Übermittlung der Daten, die für eine Entscheidung über Ansprüche auf Leistungen von Bildung und Teilhabe notwendig sind (z. B. Nachfrage bei Schulen, Kindertagesstätten, Sozialleistungsträgern und sonstigen Leistungsanbietern), bin ich einverstanden. Diese Einwilligung erfolgt freiwillig. Ich wurde darauf hingewiesen, dass dieser Antrag ohne meine Einwilligung sonst nicht zeitnah bearbeitet werden kann. **Weiterhin bin ich einverstanden, dass die Leistungsentscheidung des Landratsamtes bei Notwendigkeit auch an die Leistungserbringer weitergegeben werden darf, um eine zeitnahe Leistungserbringung sicherzustellen (bitte streichen, wenn kein Einverständnis besteht!).** Weitere Informationen zum Datenschutz entnehmen Sie den Hinweisen auf der Rückseite dieses Antrags. Ich wurde darauf hingewiesen, dass Leistungen für Bildung und Teilhabe nach Ablauf des Bewilligungszeitraums jeweils neu beantragt werden müssen.

\_\_\_\_\_

Datum

Stand: 10/2020

\_\_\_\_\_

Unterschrift

## **Information zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Art. 12 und 13 DSGVO)**

**Verfahren: OK.SOZIUS – SGB XII**

**Verarbeitungstätigkeit: Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe**

Das Landratsamt Fürstenfeldbruck – Amt für Soziales – ist gesetzlich verpflichtet, Sie im Rahmen der Antragstellung auf Folgendes hinzuweisen:

### **1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen**

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist das Landratsamt Fürstenfeldbruck – Amt für Soziales – Münchner Str. 32, 82256 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141 519-0, E-Mail: [Amt-fuer-Soziales@lra-ffb.de](mailto:Amt-fuer-Soziales@lra-ffb.de)

### **2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Den örtlichen Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes Fürstenfeldbruck erreichen Sie unter folgenden Adressen: Münchner Str. 32, 82256 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141 519-0, E-Mail: [Datenschutz@lra-ffb.de](mailto:Datenschutz@lra-ffb.de)

### **3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung**

Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben:

Das Landratsamt Fürstenfeldbruck – Amt für Soziales – verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB). Die Aufgaben umfassen insbesondere die Leistungsgewährung von Leistungen der Bildung und Teilhabe nach dem Wohngeldgesetz, dem Kindergeldgesetz und dem SGB II. Das EDV-Anwendungsverfahren OK.SOZIUS-XII ermöglicht die effiziente Sachbearbeitung der Bildungs- und Teilhabeleistungen (BuT) nach WoGG, KiGG, SGB XII und SGB II. Über dieses Verfahren werden Sozialdaten verwaltet, entsprechende Leistungen bewilligt und zur Auszahlung gebracht.

Die Rechtsgrundlage, auf der Ihre Daten erhoben werden, ist:

Art. 6 DSGVO, Art. 4 BayDSG i. V. m. Sozialgesetzbuch (SGB), speziell SGB XII (Sozialhilfe) und 2. Kapitel SGB X (Sozialverfahren und Schutz der Sozialdaten)

### **4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Ihre personenbezogenen Daten werden je nach Bedarf an Dritte weitergegeben:

1. Geldinstitute / Banküberweisungen an Zahlungsempfänger Art. 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayDSG
2. Landesämter für Statistik und Datenverarbeitung nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayDSG i. V. m. § 121 SGB XII und Bundesamt für Statistik gem. § 121 SGB XII und Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG)
3. Bayerisches Behördeninformationssystem (BayBIS) oder lokales Einwohnermelderegister (EWO) gem. § 71 Abs. 1 Satz 4 SGB X
4. Bundesagentur für Arbeit und Landkreis in gemeinsamer Einrichtung („gE“ - Jobcenter), die Leistungen für BuT gem. § 28 SGB II im Auftrag wahrnehmen; Pflicht zur Datenübermittlung gem. §§ 50, 51 SGB II i. V. m. § 67 Absatz 9 des SGB X
5. Leistungsanbieter der Bildungs- und Teilhabeleistungen, soweit eine gesetzliche Verpflichtung zur Direktüberweisung dieser Leistungen dorthin besteht und Zahlungsmodalitäten zu klären sind

### **5. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien**

Ihre Daten werden in dem Verfahren mit folgenden Fristen gelöscht:

Unter Punkt 3 aufgeführte Daten von Leistungs- und Zahlungsempfänger sind nach Art. 17 DSGVO i. V. m. § 84 Abs. 2 SGB X zu löschen, sobald der unter Punkt 3 genannte Zweck entfällt, beziehungsweise – wenn es sich um haushaltsrelevante Daten handelt – nach 6 bzw. 10 Jahren gemäß §§ 62 und 82 KommHV.

### **6. Betroffenenrechte**

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen die Rechte aus Art. 15 bis 18, 20, 21 zu:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten, Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen
- Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz
- Recht auf Datenübertragbarkeit, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen

### **7. Widerrufsrecht bei Einwilligung**

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen (siehe 1.) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

### **8. Pflicht zur Bereitstellung der Daten**

Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht bereitstellen, hat dies folgende Konsequenzen:

Die betroffene Person ist nicht verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Werden diese Daten nicht bereitgestellt, kann jedoch keine Gewährung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch erfolgen. Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, ist zur Mitwirkung verpflichtet. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle leistungsrelevanten Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die Leistungsgewährung haben können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch insbesondere die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten. Die Mitwirkungspflichten ergeben sich aus §§ 60 ff SGB X. Bei fehlender Mitwirkung können Leistungen versagt oder entzogen werden (§ 65 SGB X).